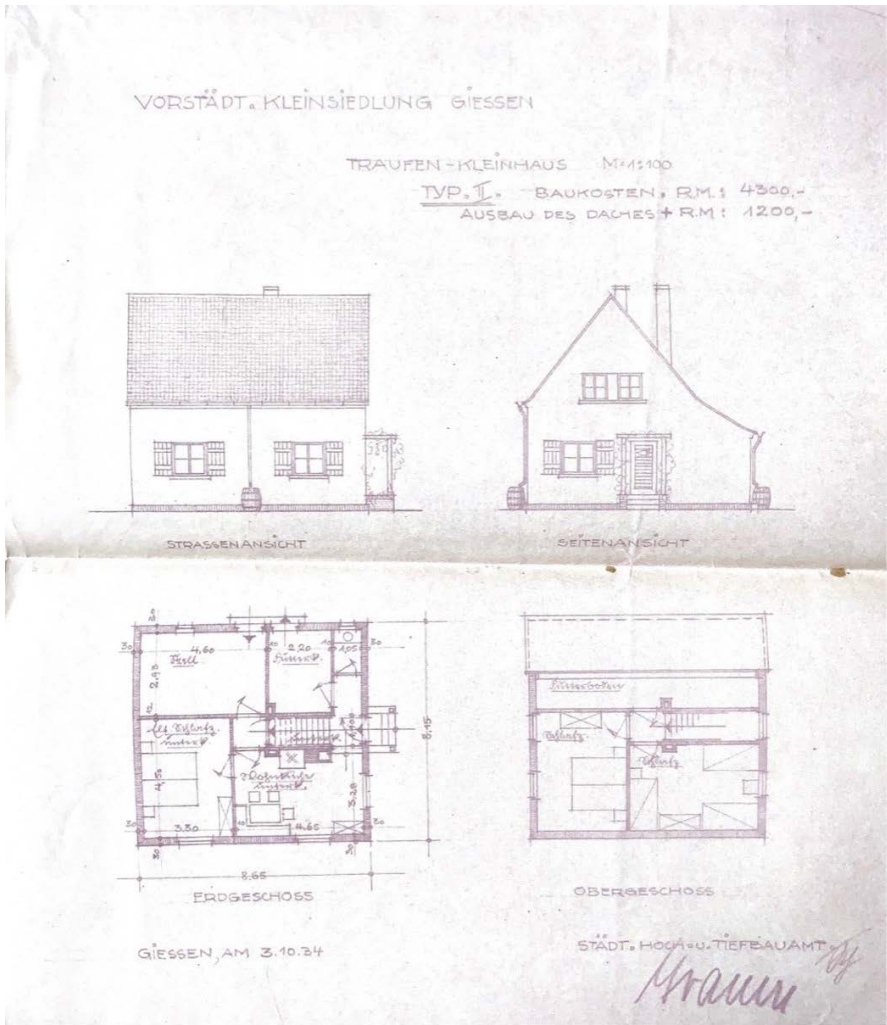


LUFTSCHLÖSSER IM NATIONALSOZIALISMUS

Stadtrandsiedlungen und ihr Scheitern zur Zeit
des Nationalsozialismus in Gießen



FINA EMILIA GARCÍA GUTIÉRREZ

1. Einleitung

Auf dem Weg von Wetttenberg nach Gießen fällt der Blick oftmals auf das beträchtliche, auf rund 6000 Quadratmetern Gelände stehende Umspannwerk Gießen-Nord. Dieses ist circa 600 Meter vom Stadtanfang entfernt und mir stellte sich im Vorbeifahren des Öfteren die Frage, weshalb die nahe gelegenen Grundstücke nicht bebaut wurden, da man das Gebiet ideal als Bauland für eine Stadterweiterung verwenden könnte. Dabei bestand bereits die Überlegung, das umliegende Gebiet zu bebauen. Im Jahre 1933 sollte das damalige Wiesenland zu einem großen Bauprojekt der Nationalsozialisten werden. Anfänglich war die Errichtung einer Stadtrandsiedlung für Erwerbslose geplant, jedoch kam es zu Meinungsdivergenzen zwischen Institutionen beziehungsweise NS-Gliederungen. Die dadurch hervorgerufenen Konflikte, wie auch Probleme bei der Umsetzung, führten zum Scheitern des Siedlungsvorhabens.

Wenige Jahre nach dem Scheitern dieses Siedlungsbaus mit dem Namen „Krofdorfer Straße“ wurde die Planung einer Heimstättensiedlung für Klinikangestellte in die Wege geleitet. Diese sollte am Rande Gießens und Lindens, nahe dem Naturschutzgebiet „Bergwerkswald, für Beschäftigte des Klinikums errichtet werden. Wie zuvor bei der Stadtrandsiedlung „Krofdorfer Straße“ wurde das Siedlungsvorhaben schließlich im Jahre 1940 gestoppt und im Zuge dessen aufgegeben.

Es gilt mit dieser Arbeit darzustellen, welche Probleme und Konflikte im Planungsprozess auftraten. Hierbei ist es von großer Relevanz zu untersuchen, wie sich die Probleme auf die Planungen beziehungsweise Umsetzung auswirkten.

Des Weiteren wird überprüft, aus welchen Gründen der Bau der Siedlungen endgültig scheiterte. Führten die Planungs- und Bebauungsprobleme, wie etwa Verzögerungen, Kompetenzgerangel oder der Fokus auf die NS-Ideologie zum Scheitern? Oder waren es möglicherweise auch andere Faktoren, wie wirtschaftliche Schwierigkeiten oder politische Konflikte, die den Misserfolg verursachten?

Ebenso soll herausgearbeitet werden, wie die geplanten Siedlungsbauten von der NS-Ideologie beeinflusst waren. Die allgemeine Wohnungspolitik in der NS-Diktatur wie auch die Rolle der Vorstellung einer rassistischen Volksgemeinschaft und der Arbeitsideologie im Nationalsozialismus stehen dabei im Mittelpunkt. Lassen sich also charakteristische nationalsozialistische Grundgedanken erkennen, welche sich in den Planungen der Siedlungen wiederfinden?

Um die Verbindung zwischen der Überzeugung der Nationalsozialisten und den Siedlungsvorhaben herauszuarbeiten können, ist es von besonderer Bedeutung, in einem einführenden Kapitel die allgemeinen historischen Hintergründe mit Schwerpunkt auf der NS-Ideologie zu beleuchten. So kann eine Vorstellung gewonnen werden, welche Ideen der damaligen Wohnungspolitik zugrunde lagen.

In den zwei darauffolgenden Kapiteln wird der Planungsweg der Siedlung „Krofdorfer Straße“, wie auch der der Heimstättensiedlung Gießen „Bergwald“ veranschaulicht und der Zusammenhang zwischen Architektur und NS-Ideologie, wie auch Probleme und das Scheitern analysiert

Abschließend wird im fünften Kapitel ein Vergleich zwischen den beiden Planungen illustriert, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede darzulegen.

Schließlich stellt sich die Frage, welche Relevanz heute die Beschäftigung mit den Siedlungsplanungen in der NS-Diktatur, zumal mit gescheiterten, noch besitzt.

Quellengrundlage für die Arbeit bilden die Akten des Stadtarchivs Gießen, wie Aufsätze über den Nationalsozialismus und das Wohnen zu dieser Zeit.

Die Arbeit muss mit einer Leerstelle leben, denn darüber, wie die Bevölkerung über die Siedlungsvorhaben in Gießen dachte, liegen keine Quellen vor und es gibt auch keine noch lebenden Zeitzeugen mehr.

2. Historische Hintergründe

2.1. Die NS-Ideologie

2.1.1. Die rassistische Volksgemeinschaft

Zur Zeit der Weimarer Republik war die deutsche Gesellschaft aufgrund sozialer und politischer Gegensätze stark gespalten. Die Niederlage im 1. Weltkrieg hatte gravierende Auswirkungen auf die deutschen Staatsfinanzen. Die weitgehende Finanzierung des Krieges durch Kriegsanleihen der Bevölkerung, welche der Staat nicht aus den geplanten „Siegesgewinnen“ zurückzahlen konnte, und der aus dem Krieg resultierende Versailler Vertrag der Alliierten mit der Forderung nach Ersatz für die von Deutschland verursachten Schäden führten dazu, dass Deutschland überschuldet und von mit Gewalt ausgetragenen Konflikten überschattet war.

Um die innere Zerrissenheit zu überwinden, wurde die Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ populär. Es konkurrierten verschiedene Konzepte einer Volksgemeinschaft. Der rassistisch und antisemitisch aufgeladene Begriff der Volksgemeinschaft etablierte sich zu einem der wichtigsten Propagandamitteln der Nationalsozialisten. Es wurde propagiert, dass das deutsche Volk als einheitliche Volksgemeinschaft jegliche gesellschaftlichen Unterschiede überwinden und so wieder zu gemeinsamer Stärke zurückfinden würde.

Viele Menschen wurden dadurch mobilisiert, Deutschland gewänne aufgrund dessen an Ansehen und sie verschafften sich ein besseres Leben.¹ Andererseits implizierte der Begriff jedoch die menschenverachtende Haltung und Handlungen der Nationalsozialisten den Menschen gegenüber, die nicht ihrem rassistischen Ideal entsprachen. Das nationalsozialistische Ziel bestand nicht in einer universell-egalitären Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind, sondern richtete sich stets auf die Leistungssteigerung einer rassistischen „Volksgemeinschaft“.² Konkret wur-

1 Vgl. Wildt, Nationalsozialismus, S. 3.

2 Vgl. ebd. S. 62.

den u. a. Juden, Homosexuelle, Behinderte, sogenannte Asoziale und andere ethnische Minderheiten, Personen, die nicht dem Ideal der Nationalsozialisten entsprachen, zu Bürgern zweiter Klasse herabgemindert, systematisch vom öffentlichen Leben separiert, ausgegrenzt und waren der Verfolgung schutzlos ausgeliefert.³ Besonders Antisemitismus stach als sich radikalisierender Kern der Volksgemeinschaft hervor. Die Volksgemeinschaft exkludierte die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, aber gleichzeitig wurden die anderen inkludiert und dadurch aufgewertet. Die Deutschen, die dem Ideal der Nationalsozialisten entsprachen, wurden inkludiert und erlebten das Zusammengehörigkeitsgefühl der Volksgemeinschaft und ihrer Vorteile. Inklusion und Exklusion stellen zwei untrennbar zusammengehörenden Seiten der NS-Volksgemeinschaft dar.⁴

Das Ziel nationalsozialistischer Politik lag in der Herstellung der „Volksgemeinschaft“, einer Gesellschaftsordnung, der nur die „erbbiologisch wertvollen“ und „rassisch wertvollen“ Deutschen angehören und aus der die „Fremdvölkischen“ und „Gemeinschaftsfremden“, allen voran die Juden, ausgeschlossen werden sollten.⁵ Der Idee der Volksgemeinschaft lag ein biologistisch geprägtes Weltbild zugrunde, wonach das gesamte soziale, politische und wirtschaftliche Leben von biologischen Kriterien bestimmt sei. Nach Auffassung des Sozialdarwinismus waren Menschen nicht gleich viel wert. Die Entwicklung einer Gesellschaft sei durch den Kampf zwischen Rassen um das Überleben bestimmt, was zu einem Naturgesetz verklärt wurde, es stellte ein biologistisches Konzept dar. Der Sozialdarwinismus prägte die NS-Vorstellung der Volksgemeinschaft und legitimierte beispielsweise die Eugenik, also die Anwendung von Maßnahmen wie Zwangssterilisationen und „Rassenhygiene“, um vermeintliche genetische Defizite aus der Bevölkerung zu entfernen. Man bediente sich dabei einer Neuinterpretation der von Charles Darwin stammenden Idee des „survival of the fittest“, die zur Grundlage für die Differenzierung von Rassen gemacht wurde.

2.1.2. Die Arbeitsideologie im Nationalsozialismus

Die Arbeitsideologie der Nationalsozialisten war eng mit der Vorstellung der Volksgemeinschaft verbunden und sozialdarwinistisch geprägt. Jeder einzelne sollte seinen, ihm zugewiesenen Platz im wirtschaftlichen Leben einnehmen, der ihn zu höchster Leistung befähigen und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleisten sollte.

Die Arbeitsideologie hatte das Ziel, eine „wirkliche Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“ zu bilden.⁶ Man wollte die Wirtschaft stärken und unabhängig von anderen Ländern werden.

3 Vgl. ebd. S. 47.

4 Vgl. ebd. S. 51.

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. Wildt, Nationalsozialismus, S. 52.

Ein weiterer relevanter Aspekt dieser Ideologie war das Versprechen, dass jeder leistungsbezogen, entsprechend seiner Leistung vergütet wird und nicht nach seiner Herkunft bewertet werde.⁷ Jedoch wurde diese Ideologie dafür verwendet, eine strenge Kontrolle über die Arbeiterschaft auszuüben. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, denn aus Sicht der Nationalsozialisten stellen diese das partikulare Interesse der Arbeiter über das nationale Interesse.

Auch die ideologischen Wertmaßstäbe der Nationalsozialisten sowie ihr rassistisch geprägtes Menschenbild fanden sich in der Arbeitswelt der 1930er Jahre wieder. Diese Vorstellungen hatten zudem Einfluss auf die nationalsozialistische Wohnungspolitik und führten zu sozialer Ausgrenzung und bevorzugte Wohnverhältnisse für besondere Bevölkerungsgruppen. Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und politische Gegner wurden diskriminiert und ausgegrenzt. Antijüdische Maßnahmen, beispielsweise die Entlassung jüdischer Arbeiter und Angestellter aus Behörden, Berufsverbote für jüdische Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Zahntechniker, Heilpraktiker und Krankenpfleger usw. oder die Bevorzugung von „rassisch wertvollen“ Deutschen waren die Konsequenz dieser Ideologie.⁸

2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur

Die Wohnungspolitik der Nationalsozialisten war ein zentraler Bestandteil des sozial- und wirtschaftspolitischen Programms und zielte darauf ab, die Wohnsituation der Bevölkerung zu verbessern, Miete und Löhne in Einklang zu bringen und die akute Wohnungsnot zu lindern.⁹ Dabei verfolgte das NS-Regime jedoch auch ideologische und rassistische Ziele.

Ein zentrales Merkmal war, dass der Wohnungsbau privatwirtschaftlich bestimmt werden sollte, denn die Aufrüstung unterlief eine wirksame Wohnbaupolitik. Deutschland fehlte es an ausreichenden Finanzmitteln für zivile Zwecke¹⁰, aber auch an Arbeitskräften und Baumaterialien.¹¹ Wenn gebaut wurde, dann möglichst einfach und günstig, sodass der Staat möglichst geringe Kosten hatte.¹² Die Lebensbedingungen der Menschen und auch die Wohnungspolitik wurden durch die Aufrüstung bestimmt.

Deswegen beschränkte die NS-Regierung im Vergleich zur Weimarer Republik durch ihre politischen Entscheidungen die wohnungspolitischen Handlungsmöglichkeiten erheblich, was dazu führte, dass der Bau von Mietwohnungen nur in geringem Umfang gefördert wurde.

Darüber hinaus wurde auch die Praxis eingestellt, frei gewordene Wohnungen durch das städtische Wohnungsamt nach sozialer Bedürftigkeit zu vergeben. Vermietungen im Wohnungsbestand erfolgten im nationalsozialistischen Deutsch-

7 Vgl. ebd. S. 53.

8 Vgl. ebd. S. 73.

9 Vgl. Führer, Meister, S. 432.

10 Vgl. ebd. S. 433.

11 Vgl. Schanetzky, „Kanonen statt Butter“, S. 127.

12 Vgl. SOPADE, 1938, S. 1111.

land ohne jede Mitwirkung und ohne jeden Einfluss amtlicher Stellen.¹³ Es herrschte kein freies Spiel der Kräfte; stattdessen machte der Staat seinen Einfluss auf den Wohnungsmarkt geltend.

Die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt wurden durch eine andere Entwicklung noch weiter verschärft: Die Anzahl der Eheschließungen stieg infolge der sinkenden Arbeitslosigkeit und der durch Politik und Medien propagandistisch verbreiteten optimistischen Stimmung rapide an. Folglich stieg die Zahl der Interessenten auf dem Wohnungsmarkt.¹⁴

Dazu kam, dass Baumaßnahmen für die Wehrmacht und Industrie im Rahmen der Aufrüstung und neuen repräsentativen Gebäuden für Partei und Behörden unter großem Zeitdruck und ohne jegliche Kostenkontrolle durchgeführt wurden. Mit solchen Bauten musste der Wohnungsbau um Baumaterialien und Arbeitskräfte konkurrieren.¹⁵ Allgemein kam es in der Wohnungspolitik des Nationalsozialismus immer wieder zu Konkurrenz zwischen verschiedenen Ministerien, Planungsstäben und NS-Organisationen um Kompetenz, Finanzmittel und Ressourcen.

Um den Wohnungsmangel zu bewältigen, wurden auch Zwangsumsiedlungen und Enteignungen durchgeführt. Schließlich sollte auch die „Arisierung“ des Wohnraums einen Beitrag zur Lösung der Wohnungsnot liefern. Die Juden waren als größte Gruppe aus der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft ausgeschlossen und hatten deswegen kein Recht auf menschenwürdiges Wohnen, mussten nach und nach ihre Wohnungen räumen, bis zu ihrer Deportation auf engstem Raum in „Judenhäusern“ leben, während der freigewordene Wohnraum für die „arischen Volksgenossen“ verwendet wurden.¹⁶

Der Bau von Kleinsiedlungen stellt in der Selbstdarstellung des NS-Regimes eine weitere zentrale Aufgabe der Wohnungspolitik dar.¹⁷ Die Idee des Reichskleinsiedlungsprogramms wurde aus der Weltwirtschaftskrise übernommen und den ideologischen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Nationalsozialisten angepasst.¹⁸ Die Idee der Stadtrandsiedlung galt als „die Idealform des deutschen Wohnungsbau-¹⁹“ und sollte das Mittel sein, um eine homogene deutsche Volksgemeinschaft zu schaffen.

Die Kleinsiedlungen im Nationalsozialismus waren zuerst für Erwerbslose, nach Beendigung der Massenarbeitslosigkeit für gewerbliche Arbeiter angedacht. Dadurch, dass die sogenannten „Vollbeschäftigtensiedlungen“ speziell für Arbeiter errichtet werden sollten, wurde die Wohnungspolitik in den Dienst der Arbeitspolitik des Regimes gestellt.²⁰ Der Bau der Siedlungen sollte die Arbeitspolitik unterstützen und ergänzen. Somit stellte die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur ein

13 Vgl. Führer, Meister, S. 433.

14 Vgl. ebd. S. 435.

15 Vgl. ebd. S. 434.

16 Vgl. Haerendel, Mustersiedlung, S. 243 f.

17 Vgl. ebd. S. 438.

18 Vgl. Haerendel, Mustersiedlung, S. 228.

19 Vgl. Führer, Meister, S. 438.

20 Vgl. SOPADE, 1938, S. 1110.

Instrument zur Umsetzung der politischen Agenda dar. Wert wurde ebenfalls auf die „Schollenbildung“ der Arbeiter gelegt, die zum loyalen und letztlich wehrbereiten Staatsbürger erziehen sollte.²¹

Angedacht waren kleine, einfach ausgestattete Einfamilienhäuser mit großem Garten, der die Familien durch Krisen bringen und gleichzeitig als Lohnergänzung dienen sollte. Die gebauten Siedlungsstellen waren sehr klein und ohne großen Komfort: So bestanden die Häuser meistens nur aus einer Wohnküche, einem Schlafzimmer im Erdgeschoss und zwei Schlafzimmern unter dem Dach, die Toiletten beispielsweise waren nicht an die Kanalisation angeschlossen.

Die NS-Ideologie findet sich auch im Siedlungsbau wieder. Die Siedlungsbeerberer mussten eine Reihe von Grundvoraussetzungen mitbringen. So füllten sie zunächst einen sogenannten Siedlerfragebogen aus, wiesen Erfahrungen in handwerklichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten nach, gaben Auskunft über Militärdienst und Kriegsbeschädigungen, durften politisch nicht negativ aufgefallen sein, waren Mitglied der DAF, mussten „deutschblütig“ sein und sich erbbiologisch überprüfen lassen. Die „deutschblütigen Volksgenossen“, die den Vorstellungen des Regimes entsprachen, wurden in den Siedlungsbau inkludiert und alle anderen wurden exkludiert. Diese Maßnahmen schreckte viele Interessenten ab.

Unabhängig von ideologischen Maßstäben stieß die Realisierung der Kleinsiedlungen auf verschiedene Probleme. Als schwierig erwies sich die Beschaffung von ausreichendem Siedlungsgelände mit geeignetem Boden für gärtnerische Zwecke und die praktische Umsetzung ideologischer Vorgaben. Außerdem fiel die öffentliche Förderung von Stadtrandsiedlungen zu gering aus und die Reichsregierung führte zunehmend mehr Vorschriften und Prüfinstanzen ein, die das Programm belasteten.²² Die von den Siedlern zu erbringende Eigenleistung, sei es in Form von körperlicher Arbeit auf dem Bau oder durch Teilfinanzierung des Hauses, stellte für viele Arbeiter eine Hürde dar. Die körperliche Beteiligung auf den Baustellen erforderte oft handwerkliche Fähigkeiten und Zeit, die vielen Arbeitern aufgrund von mangelnden Fachkenntnissen und langen Arbeitszeiten nicht zur Verfügung standen. Darüber hinaus gestaltete sich auch die Einbringung der Ersparnisse schwierig, da viele Arbeiter aufgrund von niedrigen Löhnen kaum Ersparnisse hatten, die sie in solche Projekte investieren konnten.

Die Nationalsozialisten versprachen zwar ein vorstädtisches Idyll im Grünen, jedoch nahmen diese Lebensweise, der Gartenbau, Kleintierhaltung und Haushaltsführung viel Zeit und Arbeit in Anspruch, was den Lebensstandard der Familien schlussendlich kaum verbesserte.²³ Diese Tatsache nahm die NSDAP nicht zur Kenntnis und beharrte auch noch im Krieg darauf, dass die Aufgabe einer nationalsozialistischen Wohnungspolitik die Förderung von Kleinsiedlungen sei.²⁴ Im Zwei-

21 Vgl. Haerendel, *Mustersiedlung*, S. 22.

22 Vgl. Führer, *Meister*, S. 440 u. Haerendel, *Mustersiedlung*, S. 233.

23 Vgl. Führer, *Meister*, S. 440.

24 Vgl. ebd. S. 440 f.

ten Weltkrieg war es aber ohnehin weitgehend unmöglich, zivile Bauprojekte durchzuführen.

2.3. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage auf Reichsebene und in Gießen

Das NS-Regime verfolgte nach der Machtübernahme Hitlers 1933 eine Politik der staatlichen Wirtschaftskontrolle, um die Autarkie Deutschlands zu fördern. Ziel der Nationalsozialisten war es, die in Deutschland hohe Zahl an Arbeitslosen zu senken und die Wirtschaft wiederzubeleben. Indem man den Autobahnbau oder Wohnungsbau durch staatlich finanzierte Arbeitsprogramme förderte, konnte die in der großen Depression geschwächte deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden.²⁵ Während der Vorbereitungen des Deutschen Reichs auf den Krieg wurde die Wirtschaft vollständig auf die Kriegsproduktion ausgerichtet, die Rüstungsindustrie weiter ausgebaut und somit die Arbeitslosigkeit gesenkt.²⁶ Nichtsdestotrotz wurde die Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung mit horrenden Kosten und Staatsschulden erkaufte: finanzielle Ressourcen wurden in die Aufrüstung und die Vorbereitung eines totalen Krieges fehlgeleitet.²⁷

Des Weiteren kam es unter dem NS-Regime zu einer „Arisierung“ der Wirtschaft, was bedeutet, dass die jüdische Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben verdrängt wurde.²⁸ Daraus folgend mussten viele Juden beispielsweise ihr Eigentum weit unter dem eigentlichen Wert verkaufen. Nicht-jüdische Deutsche profitierten stark von den erzwungenen Verkäufen. Es kam zu einer Umverteilung des Eigentums. Nicht-jüdische Bürger konnten Häuser und Wohnungen zu einem Bruchteil des eigentlichen Wertes erwerben. Die Profiteure waren nicht nur Einzelpersonen, sondern Banken, Unternehmen und auch der Staat selbst. Dem gegenüber stand das Leid der Juden. Es wurden sogenannte „Judenhäuser“ errichtet, die die soziale und wirtschaftliche Isolation förderte. Die jüdische Bevölkerung musste auf engem Raum zusammenleben, oft teilten sich vier oder fünf Familien eine Wohnung.²⁹

25 Vgl. Wildt, Nationalsozialismus, S. 53 f.

26 Vgl. ebd.

27 Vgl. ebd. S. 54.

28 Vgl. ebd. S. 74 f.

29 Vgl. <https://www.nsdoku.de/en/lexikon/artikel/judenhaeuser-398>, letzter Zugriff 23.09.2024

Auch Gießen, als multifunktionale und zentralörtliche Universitäts- und Garnisonsstadt, war von den allgemeinen Entwicklungen und Problemen in Deutschland geprägt.³⁰ Die Erholung der deutschen Wirtschaft zu Beginn der NS-Zeit und die staatlichen Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machten sich auch in Gießen bemerkbar. Wie es im deutschen Reich zur „Arisierung“ der Wirtschaft kam, wurde auch in Gießen die jüdische Bevölkerung aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen, indem beispielsweise jüdische Betriebe geschlossen wurden.³¹ Ab 1934 kam es zu vermehrter Stationierung vom Militär in Gießen.³² Ebenso wurden Bauprojekte, vor allem im Zusammenhang mit der Aufrüstung und Stadterweiterungen vorangetrieben. Jedoch wollte sich beispielsweise die Bergwerksfirma Krupp nicht von Teilen ihres Geländes trennen und es für den Wohnungsbau verkaufen, denn die, so argumentierte Krupp, unter dem Grundstück verborgenen Erze könnten im Zuge der Kriegsvorbereitungen noch benötigt werden. Verschiedene ortsansässige Unternehmen, wie zum Beispiel die Werkzeugmaschinenfabrik Heyligenstaedt, profitierten von den Rüstungsaufträgen und, nachdem NS-Deutschland den Krieg 1939 begonnen hatte, konnten auch Gießener Betriebe erst recht von Aufträgen für die Rüstungswirtschaft leben.

Nicht außer Acht zu lassen sind jedoch gravierende Veränderungen im betrieblichen Bereich, da viele neue Arbeitskräfte benötigt wurden.³³ Der Arbeitskräftemangel bewirkte, dass mehr Menschen nach Gießen ziehen beziehungsweise auch Personen aus der Umgebung gerne in Gießen wohnen wollten, um in der Nähe ihrer Arbeitsplätze zu leben. Jedoch gab es auch in Gießen zu wenige Wohnungen und folglich erhöhte sich der Druck auf die Stadt, neue Wohnungen zu bauen.

Im Krieg wurden dann Zwangsarbeiter aus verschiedenen Ländern als Ersatz für eingezogene Arbeitskräfte eingesetzt, die oft unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiteten und wohnten.³⁴

Der Beginn der Bombenangriffe auf Gießen im Frühjahr 1944 und die daraus folgende Zerstörung des Industriestandortes, bei der 45 der fast 4000 Gebäude und nur 110 der rund 10500 Wohnungen der Stadt Gießen unbeschädigt blieben³⁵, führte zum endgültigen Zusammenbruch der Infrastruktur und somit der Wirtschaft.

30 Vgl. Speitkamp, *Modernisierung*, S. 215.

31 Vgl. ebd. S. 250.

32 Vgl. ebd. S. 242.

33 Vgl. ebd. S. 252.

34 Vgl. ebd. S. 253.

35 Vgl. ebd. S. 255.

3. Planungen der Siedlung „Krofdorfer Straße“

3.1. Die Architektur der Siedlung „Krofdorfer Straße“ im Lichte der NS-Ideologie

Der deutsche beim NS-Regime populäre Siedlungsgrundgedanke: Kleine, einfach ausgestattete Einfamilienhäuser mit großem Garten, die die Familien durch Krisen bringen und gleichzeitig als Lohnergänzung dienen sollten, findet sich auch in den Gießener Siedlungsplanungen wieder. Auch der Gedanke der rassistischen Volksgemeinschaft besaß einen gesteigerten Stellenwert. Die Bewerber mussten den „rassischen“ und „erbbiologischen“ Voraussetzungen entsprechen, welche besonders sorgfältig nachgeprüft werden sollten.³⁶ Hinzukommt, dass durch das NS-Regime das Stadtleben als „verdorben“ dargestellt und hingegen das Leben auf dem Land als „unverdorben“ imaginiert wurde. Daran knüpft die „Blut und Boden“ Ideologie an, welche sich auch in dem Bauprogramm der Stadt Gießen wiederfindet. So heißt es im Gießener Anzeiger, man rate den „Arbeitern und Angestellten, die sich in fester wirtschaftlicher Stellung befinden und ein gewisses eigenes Kapital besitzen, [...] mit Hilfe des Planes der Stadtverwaltung ein Stück Eigentum zu erwerben und sich dadurch einen Anteil am deutschen Grund und Boden zu verschaffen“.³⁷ Im Anschluss daran wurde dieses Konzept durch die Implementierung rassistischer und erbbiologischer Aspekte radikalisiert.

Die Häuser sollten auf rund 1000 qm, nicht weniger als 800 qm, großen Siedlerstellen gebaut werden.³⁸ Angedacht waren drei verschiedene Haustypen: Typ I. war die kleinste Siedlerstelle und dementsprechend auch am günstigsten, Typ II. war etwas größer und in den Baukosten 400.- RM teurer, Typ III. war vermutlich für kinderreiche Familien bestimmt.

Im Untergeschoss jedes Hauses war eine Wohnküche, Schlafzimmer und der Stall für die Tiere geplant. Typ I. und II. sollten unter dem Dach jeweils zwei Schlafzimmer, Typ III. vier besitzen. Alle Haustypen sollten über eine Abortgrube verfügen, welche darauf verweist, dass die Häuser nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen worden wären. Die Grube verdeutlicht ebenfalls den geringen Komfort, den die Siedlungsbauten liefern würden, und zeigt, dass man versuchte, die Baukosten möglichst gering zu halten. So teilte auch das hessische Hoch- und Tiefbauamt mit, dass „infolge der gestiegenen Baupreise auf die Bereitstellung von totem und lebenden Inventar und auf den teilweisen Ausbau des Dachgeschosses verzichtet [werden] muß“.³⁹

36 Vgl. 2.1.1 Die rassistische Volksgemeinschaft u. StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

37 Gießener Anzeiger, 24. August 1934.

38 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

39 ebd.

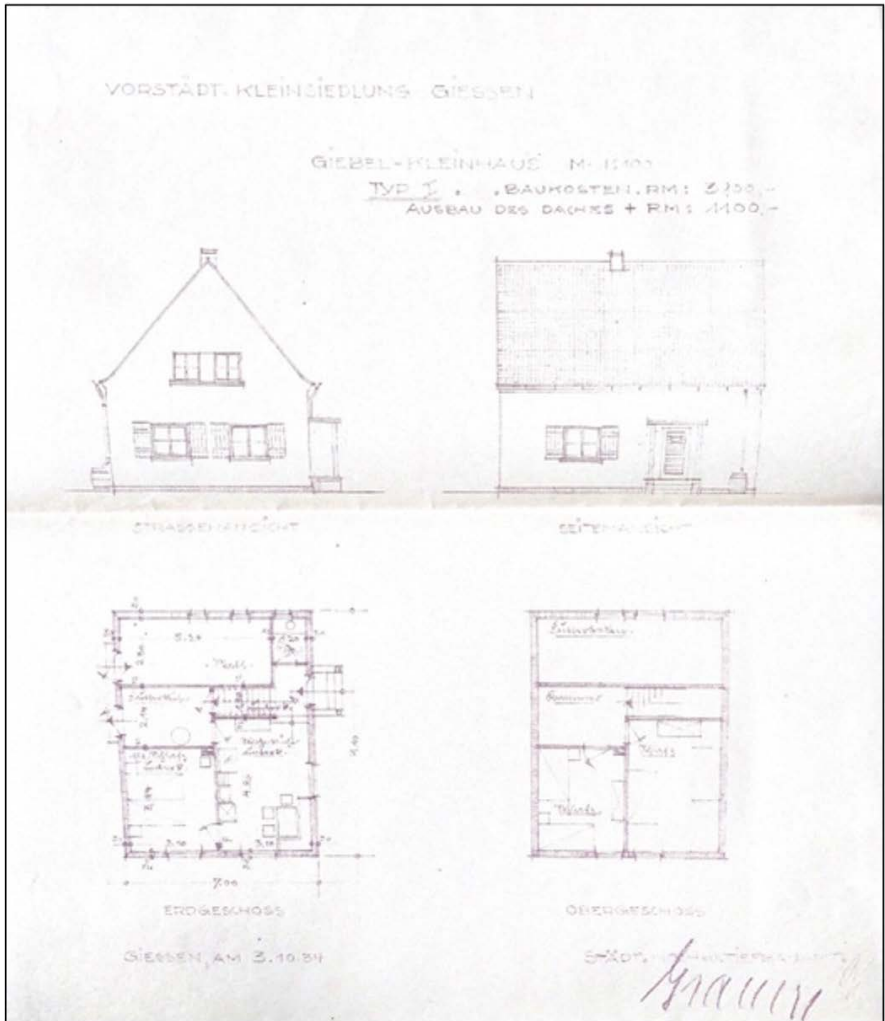


Abb. 2: StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“
17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934

Es lässt sich feststellen, dass auch in Gießen die Lebensbedingungen der Menschen durch die Aufrüstungen beziehungsweise durch das wegen der Investitionen in die Aufrüstung fehlende Geld bestimmt wurden.⁴⁰

Die Qualität des geplanten Baus lässt sich exemplarisch anhand einiger Beispiele aufzeigen. Der Bau- und Ausführungsbeschreibung ist zu entnehmen, dass

⁴⁰ Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur

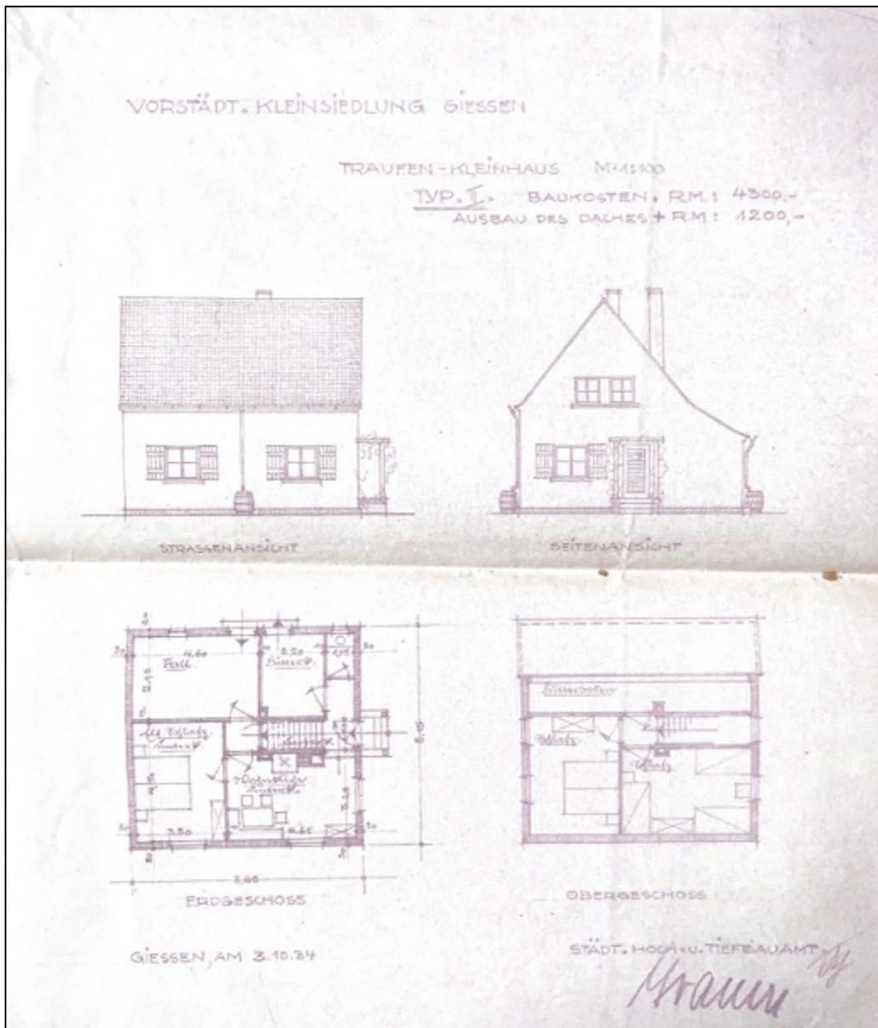


Abb. 3: StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“
 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934

„die Horizontalisolierung der Wände [...] mit 4mm starken Asphaltpappe [...] auszuführen [ist]“.⁴¹ Asphaltpappe, auch Bitumpappe genannt, bringt zwar mit sich, dass sie kostengünstig und einfach zu installieren ist, allerdings ist sie anfällig für

41 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

Feuchtigkeit und kann im Laufe der Zeit verrotten oder zerfallen, worauf Undichtigkeiten folgen können.⁴²

Für den Fußboden sollte stark gehobeltes Tannenholz verwendet werden und „die Unterfüllung der Holzfussböden hat mit trockenem Sand oder Schlacken zu erfolgen und muss ausreichend sein“.⁴³ An diesem Beispiel erkennt man deutlich,

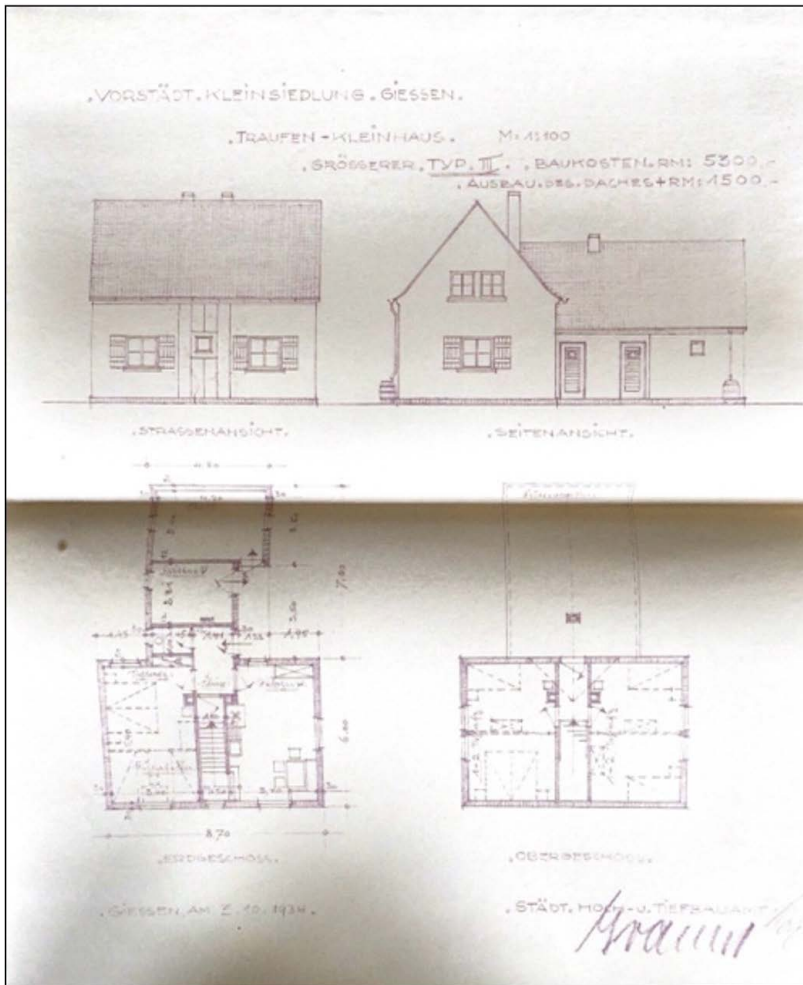


Abb. 4: StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“
17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934

42 Vgl. <https://www.hausjournal.net/bitumendach>, letzter Zugriff 27.02.2023

43 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

dass auf die Qualität kein sonderlich großer Wert gelegt wurde, denn diese Art der Unterfüllung kann zu Problemen wie Unebenheiten und Setzungen des Bodens führen. Ebenfalls kann dies zu Beschädigungen führen und die Lebensdauer des Holzbodens beeinträchtigen.

Wie in der Akte der „Krofdorfer Straße“ zu lesen ist: „Alle Fenster sind mit 38 mm stark in astreinem Kiefernholz zu erstellen“,⁴⁴ ist Kiefernholz ein gern gesehenes Material in der Fensterindustrie, denn es hat eine hohe Stabilität, eine glatte Oberfläche und weist besonders gute Dämmwerte auf.⁴⁵ Aber vermutlich haben die Nationalsozialisten Kiefernholz nicht aufgrund der genannten Vorteile für die Fenster bestimmt, sondern weil es ein sehr günstiges Material ist.

Anhand der Beispiele lässt sich festhalten, dass bei der Planung der Siedlung „Krofdorfer Straße“ die Qualität der Häuser an zweiter Stelle stand, vordergründig war ein möglichst kostengünstiger Bau bedeutsam.⁴⁶

Die Idee der kleinen, einfachen und mit Garten ausgestatteten Einfamilienhäusern, die die Familien krisenfest machen sollten, erschien auf den ersten Blick als eine gute Idee des NS-Regimes. Allerdings trägt der erste Eindruck, denn wie herausgearbeitet, wird nicht qualitativ hochwertig gebaut, weil zu hohe Kosten entstünden und diese gescheut werden. Vor allem wollte man durch den Siedlungsbau die „Volksgemeinschaft“ stärken, da wie erwähnt die potenziellen Bewohner „rassischen“ und „erbbiologischen“ Vorgaben entsprechen mussten.

Ich vermute, dass es nach außen hin so aussehen sollte, als wäre es durchaus sehr wichtig, wie der „Deutsche“ lebte. Jedoch wurde die Aufrüstung und der Ausbau der NS-Ideologie priorisiert. Vielleicht führte dies zu Skepsis bei potenziellen Bewerbern.

Ich vermute außerdem, dass das strenge Auswahlverfahren den „Auserwählten“ nicht nur das Gefühl vermittelte, einer exklusiven „Volksgemeinschaft“, sondern auch einer privilegierten Gruppe anzugehören. Die sorgfältige Selektion könnte ihren Glauben stärken, Teil einer besonders wertvollen Gemeinschaft zu sein. Vermutlich wäre es folglich zu einer stärkeren Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie in der Gesellschaft gekommen.

Es kann angenommen werden, dass dieses Auswahlverfahren nicht nur der sozialen Kontrolle diene, sondern auch der ideologischen Festigung des nationalsozialistischen Gedankens von Exklusivität und Zugehörigkeit.

44 ebd.

45 Vgl. <https://www.hausbauhelden.de/ratgeber-fenster-tueren/die-passende-holzart-fuer-holzfenster/>, letzter Zugriff 27.02.2023.

46 Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur

3.2. Konflikte und auftretende Probleme im Planungsprozess

Während der Planungen des Siedlungsbaus entstanden verschiedene Konflikte und Probleme. Zu Beginn der Planungen stellte sich heraus, dass das für den Siedlungsbau angedachte Radrennbahngelände des Hardthofs einige Nachteile aufwies.⁴⁷ Bei der Besprechung über das Siedlungsgelände wurde festgehalten, „daß erstens das Gelände für gärtnerische Zwecke wegen der geringen Bodenqualität nicht gut geeignet sei, daß zweitens das Wasser aus den Tonschieferschichtungen des Hardtberges das Gelände sehr feucht mache und halte und daß drittens das Land unter Hochwasser zu leiden habe“.⁴⁸ Jedoch könnten diese Probleme gelöst werden, da der Hardthof einen anderen Teil seines Geländes zur Verfügung stellte und weiteres Gelände durch den Austausch privater Grundstücke mit städtischem Besitz bereit gestellt werden sollte.⁴⁹ Dieses Gelände war allerdings vom übrigen Siedlungskomplex losgelöst worden, dementsprechend hatten die Siedler einen längeren Weg in die Stadt. Dies sollte allerdings „durch die Autobuslinie nach Krofdorf, die hier eine Haltestelle bekommen könnte, gemildert [werden]“.⁵⁰ Vermutlich war dies aus der Sicht der potenziellen Bewohner keine ausreichende Lösung, denn für jegliche Angelegenheiten, die sie in der Stadt zu erledigen hatten, waren sie auf eine einzige Buslinie angewiesen. Die ersten Einkaufsmöglichkeiten der Siedler hätten im Bereich der Krofdorfer Straße und Schützenstraße in der Nähe der Rodheimer Straße, circa 1,5 Kilometer von der Siedlungsstätte entfernt gelegen.

Ebenso entstanden Probleme bezüglich der Finanzierung, denn im weiteren Verlauf der Planungen stellte sich heraus, dass durch Personalwechsel im Ministerium 132.000.- RM Reichsdarlehen, die für die Stadtrandsiedlung angemeldet wurden, bei der Verteilung durch das Ministerium nicht berücksichtigt wurden. Sämtliche Bemühungen, den Betrag zu erhalten, scheiterten.⁵¹ Das allgemeine Problem, dass es dem deutschen Staat an ausreichenden Finanzmitteln für zivile Zwecke fehlte,⁵² da die Finanzmittel in erster Linie in die Aufrüstung und Vorbereitung eines totalen Krieges gesteckt wurden⁵³, spiegelte sich auch in Gießen wider. Deshalb musste der Siedlungsbau mit Baumaßnahmen für die Wehrmacht und Industrie im Rahmen der Aufrüstung um Baumaterialien und Arbeitskräfte konkurrieren.⁵⁴

Dazu kam, dass das Wehrkreis-Verwaltungsamt Stuttgart die Stadt aufgefordert hatte, die bewohnten Wohnungen der Gießener Kaserne bis zum 01. Oktober 1934 für das Militär zu räumen. Folglich geriet die Stadt unter Druck, den Siedlungsbau

47 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

48 ebd.

49 ebd.

50 ebd.

51 ebd.

52 Vgl. Führer, Meister, S. 433.

53 Vgl. ebd. S. 54.

54 Vgl. ebd. S. 434.

voranzutreiben, um betroffene Familien unterbringen zu können.⁵⁵ Auch hier zeigt sich, dass im Zuge der Aufrüstung das Militär stets Vorrang vor Wohnraum hatte.

Die Stadt hätte für die Durchführung des Siedlungsbaus 90.000.- RM durch den Reichssiedlungskommissar Gottfried Feder erhalten können. Jedoch hätte das bedeutet, dass das gesamte Projekt auf Erwerbspersonen hätte ausgerichtet werden müsste, da Feder grundsätzlich keine Erwerbslosen für Siedlungsvorhaben unterstützen wollte.⁵⁶ Dadurch entstand zusätzliche Arbeit für die Stadt, denn „die Stadt Gießen müsse also den ganzen Personenkreis, aus dem sie (sic) Siedler ausgesucht werden, innerhalb der Stamarbeiterschaft ziehen und nicht innerhalb der Erwerbslosen. Es müsse das Projekt nach dieser Richtung vollkommen umgestellt werden“.⁵⁷

Das städtische Hoch- und Tiefbauamt zeigte sich am 20. August 1934 in einem Schreiben an die Bürgermeisterabteilung in Gießen zuversichtlich und sprach davon, dass „die erste Woche des Bauaufufes schon einen vollen Erfolg gezeigt [hat]. Für die Reichsheimstätten haben sich insgesamt 40 Bewerber eingetragen. Etwa 30 von ihnen sind in der Lage, selbst Bargeld zu zahlen [...]“.⁵⁸ Dem Bauvorhaben schien nichts im Wege zu stehen, man wollte umgehend mit den Bauarbeiten beginnen und sei sich sicher, dass „der Beginn von 30 Siedlerstellen die beste Reklame dar[stellt], sodaß bestimmt damit zu rechnen ist, daß sich weitere Bewerber schnell finden werden, wenn sie erst sehen, daß tatsächlich mit dem Bauen begonnen wird“.⁵⁹ Allerdings sollte das allgemeine geringe Interesse der Deutschen an Kleinsiedlerwohnungen⁶⁰ auch den Prozess der „Krofdorfer Straße“ erschweren. In der Realität standen dem Projekt praktische Umsetzungsschwierigkeiten entgegen. Die geringe Anzahl an Bewerbungen von potenziellen Siedlern führte dazu, dass das städtische Hoch- und Tiefbauamt berichtete, dass „das Stocken der Anmeldungen [...] u. E. darauf zurückzuführen [ist], daß ein großer Teil von Interessenten zunächst einmal abwarten will, ob die Arbeiten auch zur Durchführung kommen“.⁶¹ Es lässt sich feststellen, dass offenbar der Optimismus dem Bauvorhaben gegenüber bereits nach sieben Tagen nachgelassen hatte. Vermutlich hatten die Gießener schon des Öfteren miterlebt, dass es große Bauplanungen gab, die jedoch nie zur Durchführung kamen. Deswegen standen sie dem Bauprojekt wohl mit Zweifeln und Skepsis gegenüber.

55 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

56 ebd.

57 ebd.

58 ebd.

59 ebd.

60 SOPADE, 1938, S. 1112 u. StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

61 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

Auch die geforderten Bedingungen waren strikt und trugen vermutlich maßgeblich zum Scheitern bei:

- „1. Gesundheit, deutsche Abstammung, Alter nicht über 55 Jahre, tüchtige Frau, geordnetes Familienleben, möglichst viele gesunde Kinder.
2. Erfahrung in Gartenbau und Kleintierzucht.
3. Festes Arbeitsverhältnis, Stamarbeiter (auch Kurzarbeiter) in sicherer Stellung.
4. Mindestens etwa 1000 Mark Bargeld. Je größer das Eigenkapital, desto schneller schuldenfreie Eigentümer! Ein Teil des Kapitals kann durch Selbsthilfearbeit ersetzt werden“.⁶²

Mutmaßlich konnten nur wenige die erforderliche Eigenbeteiligung aufbringen.

Ein weiteres Problem ergab sich dadurch, dass die Landesstelle Hessen-Nassau des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Lokalzeitungen einen Artikel über den Siedlungsbau veröffentlichten.⁶³ In dem Artikel „Das Siedlungswerk im Gau Hessen-Nassau“ wurden mögliche Siedler aufgefordert, sich beim Heimstätten-Amt in Frankfurt zu melden.⁶⁴ Dies war jedoch sehr zeitraubend, denn die ausgefüllten Siedlerfragebögen hätten folglich von Frankfurt nach Gießen geschickt werden müssen, da die Siedlerprüfung nur in Gießen hätte durchgeführt werden können. Resultierend waren nicht nur bürokratische Verzögerungen, sondern möglicherweise auch Verwirrung unter den Siedlern. Letztlich führte der Artikel zur Verzögerung des gesamten Projekts.⁶⁵

In diesem Schreiben wurde ebenfalls formuliert, dass man „jede Propaganda für das Siedlungswerk zunächst vermeiden [wollte], damit die Arbeiten an ihm nicht durch Presseveröffentlichungen gestört würden“.⁶⁶ Anhand dieses Aspektes lässt sich feststellen, dass das städtische Hoch- und Tiefbauamt Störungen im Planungsprozess und im Besonderen falsche Erwartungen der potenziellen Siedler vermeiden wollte.

Für die Anwerbung von Heimstätten-Siedlern waren Fragebögen vom Heimstätten-Amt Berlin notwendig, jedoch seien diese trotz dreifacher Bemühungen des Hoch- und Tiefbauamtes nicht eingetroffen. „Durch diese Verzögerung erleidet auch gerade in dieser Jahreszeit die Durchführung des Siedlungsvorhabens eine empfindliche Benachteiligung“.⁶⁷ Auch hier zeigt sich, dass die Ämter sich zwar bemüht-

62 ebd.

63 ebd.

64 ebd.

65 ebd.

66 ebd.

67 ebd.

ten, das Projekt voranzutreiben, es aber immer wieder ins Stocken geriet und vor Herausforderungen bzw. Problemen stand. Somit trugen verschiedene Ministerien, Planungsstäbe und NS-Organisationen durch Konkurrenz und gegenseitiges Behindern zum Scheitern der Siedlung bei. Das Kompetenzgerangel, welches sich hier widerspiegelt, war typisch für das NS-Regime.⁶⁸ Es fehlten klare Strukturen und Hierarchien. Die Idee der Schaffung einer homogenen deutschen Volksgemeinschaft durch Stadtrandsiedlungen konkurrierte mit den Vorgaben für die deutschen Wirtschaft, die auf die vollständige Kriegsproduktion ausgerichtet werden sollte.

Dazu kommt, dass „80% der ganzen in Gießen beschäftigten Arbeiterschaft [...] auf dem Land [wohnen] und [...] dort noch irgendwelche Haus- oder Landanteile [haben]“.⁶⁹ Der vom nationalsozialistischen Regime erstrebte Zustand, den Arbeiter krisenfest zu machen, war in Gießen somit eigentlich schon erreicht.⁷⁰ Dass die Siedlung trotzdem geplant wurde, obwohl der Zustand der krisenfesten Arbeiter angeblich schon erreicht war, verdeutlicht, dass das nationalsozialistische Regime an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei plante. Ideologische Motive wie die Schaffung einer „rassisch“ homogenen „Volksgemeinschaft“ und die systematische „Arisierung“ des Wohnraums durch Verdrängung und Enteignung jüdischer Familien bestimmten das Handeln der Machthaber.

Des Weiteren traten Umsetzungsprobleme hinsichtlich des Ziels der Lohnergänzung auf. Die Idee, dass die Siedler nach getätigter Arbeit landwirtschaftliche Feierabendarbeit in ihrem Garten ausübten und dadurch eine weitere Einkommensquelle hätten, wäre für die Siedler neben ihrer normalen Arbeit und den Haushaltstätigkeiten eine enorme Belastung und auf Dauer nicht tragbar gewesen. Folglich hätte sich der Lebensstandard dieser Familien nicht verbessert.⁷¹ Vermutlich führten sich dies auch die potenziellen Siedler vor Augen, sodass ihr Interesse an dem Projekt schnell sank und es so zum Scheitern verurteilt war.

Die genannten Umsetzungsprobleme führten dazu, dass die geplanten Bauten „Luftschlösser“ bleiben mussten. Die Planungen der Nationalsozialisten erwiesen sich als nicht realisierbar, weil die Konflikte und auftretenden Probleme im Planungsprozess die NS-Propaganda buchstäblich zur Farce machten. Dazu kam, dass die Aufrüstung dem zivilen Siedlungsbau gegenüber bevorzugt wurde und finanzielle Engpässe des Staates bewirkte. Die Siedler trauten dem Bauvorhaben trotz Propaganda nicht und das im nationalsozialistischen Deutschland typische Kompetenzgerangel förderte das Scheitern ebenso. Des Weiteren wurde behauptet, dass der Status krisenfester Arbeiter in Gießen erreicht sei, was im Grunde bedeutete, dass es eigentlich für solche Siedlungen in Gießen keinen Bedarf gab. Nichts macht deutlicher, dass die NS-Propaganda manchmal die Realitäten ignorierte.

68 Vgl. Wildt, Nationalsozialismus, S. 46.

69 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

70 ebd.

71 Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur.

Auch deshalb wurde der Titel für diese Arbeit gewählt, denn die Planungen der Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Klinikangestellte waren lediglich „Luftschlösser“.

3.3. Warum scheiterte der Bau der Siedlungen?

Die Planung und der Bau der Siedlung „Krofdorfer Straße“ wurde groß angekündigt, beispielsweise im Gießener Anzeiger: „Das Siedlungs-Vorhaben an der Krofdorfer Straße [...] nimmt nach unseren Erkundigungen an maßgebender Stelle erfreulicherweise ebenfalls feste Formen an“.⁷²

Wie im vorherigen Kapitel festgestellt, traten im Planungsprozess verschiedene Probleme auf. Dass der Bau der Siedlung jedoch scheiterte, ist nicht bekannt gegeben worden. Auch die Aktenlage lässt keinen konkreten Grund für das Scheitern feststellen.

Ich vermute, dass einerseits die stockenden Anmeldungen zum Scheitern des Projektes beitrugen, denn viele Arbeiter konnten die benötigte Eigenbeteiligung nicht beisteuern und standen dem Projekt allgemein mit Skepsis gegenüber. Allgemein bestand in Deutschland die Schwierigkeit, dass man das Volumen der Sparbeiträge, die die Arbeiter aufbringen konnten, überschätzt hatte. Dazu kommt, dass bei Kleinsiedlungen die Zuschüsse von staatlichen Mitteln auf ein Mindestmaß begrenzt waren und die Baukosten als Folge der Aufrüstung stiegen.⁷³ Die finanziellen Probleme könnten auch in Gießen Thema gewesen sein und zum Scheitern beigetragen haben. Möglich ist auch, dass letztlich nicht genügend Geldmittel für den Bau aufgebracht werden konnten.

Die Nationalsozialisten hatten immer große Pläne und verkündeten dies im großen Stil. Die Pläne blieben weit hinter den erweckten Erwartungen zurück. Beispielsweise wurden in Hamburg 1934 große Ankündigungen bezüglich der Schaffung anständiger Wohnverhältnisse durch den dortigen Gauleiter gemacht, jedoch konnte er seine Versprechungen nicht halten.⁷⁴

Dies findet sich auch in den Planungen der „Krofdorfer Straße“ wieder. Im Gießener Anzeiger wird zwar davon gesprochen, dass es zu Verzögerungen kam, allerdings wird vor allem betont, dass „die Finanzierung für 150 Häuser [...] noch im Laufe des Winters sichergestellt werden [wird] nach dem Plane von Gottfried Feder, und viele Gießener Bürger werden sich dadurch ein eigenes Heim erstellen können“.⁷⁵ Den Bürgern wurde versichert, dass es zur Durchführung komme.⁷⁶ Mutmaßlich klang dies allerdings anders für die Interessenten. Aus heutiger Sicht lässt sich erkennen: Die Ankündigungen entsprachen mehr der Propaganda denn der Realität und die Versprechungen gegen über den Gießenern konnten nicht eingehalten werden.

72 Gießener Anzeiger, 24. August 1934.

73 SOPADE, 1938, S. 1111 f.

74 Vgl. Führer, Meister, S. 432 ff.

75 Gießener Anzeiger, 06. November 1934.

76 ebd.

Ebenso wird in dem Artikel davon gesprochen, dass nicht „genörgelt“ werden solle.⁷⁷ Vermutlich könne dies eine Anspielung bzw. ein Verweis darauf sein, dass die Nationalsozialisten keine Fehler und falsche Versprechungen eingestehen wollten, weshalb Kritiker als „Nörgler“ betitelt wurden.

Ein weiteres Beispiel ist die Gießener Fröbelstraße. Wenn es zum Siedlungsbau kam, dann nur in kleinem Umfang und im Unterschied zu den Planungen in der „Krofdorfer Straße“ nicht so groß dimensioniert. Die Neubauten in der Fröbelstraße zielten nicht auf die Arbeiterschaft, sondern auf andere Berufsgruppen, die der Mittelschicht angehörten und dementsprechend mehr finanzielle Mittel für den Hausbau aufbringen konnten, sodass von staatlicher Seite weniger subventioniert werden musste.⁷⁸ Der Zusammenstellung der Anträge auf Baukostenzuschuss für Zweifamilienhäuser in der Fröbelstraße lässt sich entnehmen, dass sich hauptsächlich Lehrer, Architekten und auch Vertreter, Vermittler oder Makler aus unterschiedlichen Branchen beworben haben.⁷⁹ Die Bewerber mussten in der Lage sein, ein Eigenkapital von 35% der Gesamtbaukosten aufzubringen. „Eine 1.a. Hypothek in Höhe von 40 % der Gesamtbaukosten erhält er als feste Hypothek durch ein öffentliches Geldinstitut; eine 1.b. Hypothek in Höhe von 25 % der Gesamtbaukosten erhält er durch das gleiche Institut als Tilgungshypothek.“⁸⁰ Eine feste Hypothek ist ein Darlehen, hier in Höhe von 40 % der Gesamtbaukosten, bei dem die Hypothekensumme, der Zinssatz und die Laufzeit von Anfang an festgelegt sind. Der Zinssatz bleibt über die gesamte Laufzeit unverändert und der Kreditnehmer zahlt monatlich feste Raten.⁸¹ Die Tilgungshypothek ist eine Form der Hypothek, bei der die Rückzahlung in gleichbleibenden Beträgen erfolgt, die in festgelegten Zeitabständen an den Darlehensgeber geleistet werden. Durch Zahlung einer Rate verändert sich das Verhältnis zwischen Zinsen und Tilgung: Der Anteil der Tilgung steigt, während der Zinsanteil sinkt. Folglich sinkt die Restschuld.⁸²

Hinzukommt, dass „nach Abschluss des Vertrages über den Bauplatz [...] sofort mit dem Bauen begonnen werden [muss], spätestens innerhalb eines Zeitraumes von sechs Wochen vom Tage der Vertragsunterzeichnung ab gerechnet.“⁸³ Ebenso baut „jeder Baulustige [...] vollkommen selbständig auf eigene Rechnung und Gefahr. Es wird zur Bedingung gemacht, daß jedes Haus zwei Wohnungen enthält, von denen die eine vermietet wird; Einzelhäuser für eine Familie sind nicht zugelassen.“⁸⁴

77 ebd.

78 StadtAG N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934.

79 ebd.

80 ebd.

81 Vgl. <https://www.allianz.ch/de/privatkunden/ratgeber/wohnen/festhypothek.html>, letzter Zugriff 01.10.2024

82 Vgl. <https://www.immobilienfinanzierung.de/lexikon/tilgungshypothek/>, letzter Zugriff 01.10.2024

83 ebd.

84 ebd.

Diese Aspekte zeigen, dass der Bau an der Fröbelstraße deutlich besser geplant wurde als der Bau der Siedlung „Krofdorfer Straße“. Die Bauherren konnten ihren Bau an ihr Kapital anpassen und dementsprechend in einer gewissen Qualität bauen. Folglich wurde bei der Qualität der Materialien und für den Komfort der Bewohner nicht so stark gespart wie in der geplanten Siedlung an der Krofdorfer Straße. Dadurch, dass die Baufinanzierung zuverlässig abgesichert und der Baubeginn innerhalb einer sechs Wochenfrist angeordnet wurde, war ein Scheitern unwahrscheinlich.

Vermutlich hängt der Erfolg an der Fröbelstraße damit zusammen, dass das NS-Regime mehr Wert auf die Mittel- und Oberschicht legte und aufgrund dessen Arbeiter und damit die Planungen „Krofdorfer Straße“ unter den Tisch fielen.

4. Planung der Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Klinikangestellte

4.1. Die Architektur der Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Klinikangestellte im Lichte der NS-Ideologie

In den Akten lassen sich Pläne des Gauheimstättenamts Hessen-Nassau für Heimstättensiedlungen im Bezirk Frankfurt-Offenbach finden.⁸⁵ Diese beziehen sich nicht direkt auf die geplante Siedlung „Bergwald“, lassen aber verallgemeinerbare Schlüsse zu, da diese Pläne „nach den praktischen Erfahrungen aus mehr als 5.000 bereits bezogenen Siedlerstellen entworfen [wurden]“.⁸⁶

Wie es der Wohnungspolitik der Nationalsozialisten entsprach, sollte „die Siedlungsheimstätte [...] dem Arbeiter neben einer ‘gesunden Wohnung‘ die Möglichkeit schaffen, aus Garten und Kleintierstall eine indirekte Einkommenserhöhung zu erzielen“.⁸⁷ Dementsprechend sollten die geplanten Bauten neben einer Wohnküche, Elternschlafzimmer und Kinderzimmern auch einen Stall haben, der oftmals direkt an das Haus angeschlossen war. Die Siedlungsbauten waren sich im Grundriss sehr ähnlich, unterschieden sich in der Größe der Zimmer und ob sie auf kinderreiche Familien ausgelegt waren, denn „die Zahl der Räume und Grösse des Hauses richten sich nach dem Bedarf und der Leistungsfähigkeit der Siedler. Es wäre [...] unsozial und unverantwortlich, wenn eine Familie mit einem Kind genau soviel Wohnraum erhielte, wie eine Familie mit drei und mehr Kindern“.⁸⁸

Anhand der Aktenlage lässt sich keine Aussage über die Qualität der geplanten Bauten treffen. Das Gauheimstättenamt vermerkt, dass „die Siedlerstellen [...] solide und zweckmäßig gebaut [werden]“.⁸⁹ Aufgrund dessen erscheinen die Planungen mit indirekter Einkommenserhöhung aus Garten und Kleintierstall zuerst optimal

85 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen.

86 ebd.

87 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen u. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur











88 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen

89 ebd.

für potenzielle Bewohner. Weil allerdings der NS-Staat das meiste Geld in die Aufrüstung fließen ließ, fehlte es für den Bau von Siedlungen an Geld.

Es lässt sich vermuten, dass auch bei der Siedlung „Bergwald“ die nationalsozialistische Ideologie rund um den Begriff der „Volksgemeinschaft“ sowie der Begünstigung sogenannter Arier und möglichst geringer Baukosten im Vordergrund standen. Der Komfort für die künftigen Bewohner spielte dagegen eine eher untergeordnete Rolle.⁹⁰ Für diese Planungen lässt sich, wie auch für die „Krofdorfer Straße“, vermuten, dass die Aufrüstung Deutschlands gegenüber der staatlichen Wohnbauförderung deutlich priorisiert wurde. Nach außen sollte es aber trotzdem so wirken, als wäre es von hoher Wichtigkeit, wie der „einfache Deutsche“ lebt.

SIEDLUNG „FRANKFURTER BERG“⁹⁰ (AM BAHNHOF BONAMES)

GESAMTKOSTEN	HAUS ALSFELD	HAUS BONAMES	EIGENLEISTUNG (MONATL. BELASTUNG INCL. SELBSTHILFE FÜR ZINS U. TILGUNG ECT.)	
			R.M.	R.H.
9230.-			1780.-	38.55
9560.-			1880.-	39.60
9890.-			1970.-	41.10
SIEDLUNG DREIEICHENHAIN				
6400.-			1075.-	25.-
6400.-			1075.-	25.-

DER ANGEGBENE BETRAG AN REINER MONATLICHER ZINS- UND TILGUNGSBELASTUNG ERHÖHT SICH DURCH FEUER- UND HAFTPFLICHTVERSICHERUNG, VERWALTUNGSKOSTEN, SCHÖNSTEINFEGERGEHÜR UND NEBENKOSTEN UM ETWA 5 RM, DIE JEDOCH DURCH ERTRÄGNISSE AUS STALL UND GARTEN MEHRFACH AUFGEWOGEN WERDEN.

Abb. 5: StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen

90 Vgl.2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur

4.2. Konflikte und auftretende Probleme im Planungsprozess

Auch während des Planungsprozesses der Siedlung „Bergwald“ traten verschiedene Probleme und Konflikte auf. Diese beziehen sich vor allem auf die Suche nach geeignetem Gelände.

Zu Beginn der Siedlungsplanung war angedacht, auf einem Gelände an der Krofendorfer Straße zu bauen. Allerdings zeigten die landwirtschaftlichen Institute ein ablehnendes Verhalten der gedachten Siedlung gegenüber.⁹¹ Bei einer Besprechung „wurde die Möglichkeit besprochen, dem Gauheimstätten für eine grössere Kleinsiedlung das nötige städt. Gelände aus den Pachtbeständen des Universitäts-Versuchsguts bereit zu stellen“.⁹² Diese Idee wurde jedoch wieder verworfen, da man „jetzt im Augenblick nichts aus dem Versuchsgut herausgeben [können], ohne die für den Vierjahresplan begonnenen Versuchsarbeiten zu zerstören“.⁹³ Der Vierjahresplan schuf zwar neue Arbeitsplätze und hatte zum Ziel, die Wirtschaft und Armee innerhalb von vier Jahren in Kriegsbereitschaft zu versetzen⁹⁴, jedoch in diesem Falle auf Kosten der Siedlungsplanung.

Des Weiteren kam auch die Idee auf, städtisches Gelände im Wiesecker Weg zur Verfügung zu stellen, jedoch war dies an eine Privatperson verpachtet mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Ein in der Besprechung anwesender Herr teilte mit, der Landwirt Uhl habe ihm seinen Erbhof angeboten und „da könne man doch vielleicht Herrn Höchst veranlassen, auf das Uhl'sche Gelände umzuziehen und hätte dann das an Höchst verpachtete Gelände sowohl für Siedlungen als auch für das vom Landwirtschaftlichen Institut weiter benötigte Versuchsgelände zur Verfügung“.⁹⁵ Herr Uhl sei in der Lage, seinen Erbhof an die Stadt Gießen zu verkaufen, da sein Sohn seine Erbhoffähigkeit verloren habe, weil er gewalttätig gegen seinen Vater geworden sei. Diese Idee fand jedoch zeitnah ihr Ende, da das Vermessungs- und Grundstücksamt feststellte, dass „die von Uhl erworbenen Grundstücke [...] nach dem Bebauungsplanentwurf für eine Siedlung, wie sie das Gau-Heimstättenamt errichten will, ungeeignet [sind]“.⁹⁶

Letztlich sah das städtische Hoch- und Tiefbauamt als einzig geeignet ein Gelände an, welches östlich der geplanten Umgehungsstraße lag, die sich von Klein-Linden her am Bergwerkwald entlang durch den Ohlebergsweg zog. Die Verantwortlichen waren der Meinung, dass dort eine Waldrandsiedlung entstehen könnte.⁹⁷ Eine weitere Problematik ergab sich dadurch, dass nach der Auffassung des Gauheimstättenamts der Bürgermeister Klein-Lindens nicht sonderlich „siedlungsfreudig“ sei, außerdem verfüge die Gemeinde angeblich über keine Siedlungsanwärter.

91 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen.

92 ebd.

93 ebd.

94 Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/industrie-und-wirtschaft/vierjahresplan.html>, letzter Zugriff 28.02.2023

95 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen.

96 ebd.

97 ebd.

Als Problem erwies sich, dass die Gießener Braunsteinbergwerke Krupp, welchen das Gelände gehöre, eine Abgabe ablehnten, da das Gelände noch für bergmännische Ausbeutung benötigt werde.⁹⁸ Der Gießener Oberbürgermeister sieht diese Begründung als nicht stichhaltig an, „denn wenn in diesem Gelände noch abbaufähiges Erz vorhanden wäre, hätte die Firma es längst ausgebeutet [...]“.⁹⁹ Das Gauheimstättenamt wollte die Siedlungsplanungen an dieser Stelle nicht so schnell aufgeben und setzte sich erneut mit der Verwaltung des Braunsteinbergwerks in Verbindung. Doch diese Verhandlungen wie auch weitere Verhandlungen in Weillburg mit Krupp scheiterten.

Als die Fläche noch einmal ins Gespräch kommt, verweist das Gauheimstättenamt auf die Richtlinien für Errichtung und Förderung von Heimstättensiedlungen. Krupp hingegen verweist auf die „Verordnung über Baubeschränkungen zur Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen vom 28.02.1939“, die unter anderem verordnet, dass die Nutzung von Flächen, welche für die Gewinnung von Bodenschätzen in Frage kommen, rechtzeitig verhindert werden muss, und gibt an, dass das Gelände abbauwürdige Manganerze lagert, die (im Bedarfsfall) umgehend ausgebeutet werden müssten.¹⁰⁰



Abb. 6: StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen

98 Vgl. 2.3. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage auf Reichsebene und Gießen.

99 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen.

100ebd.

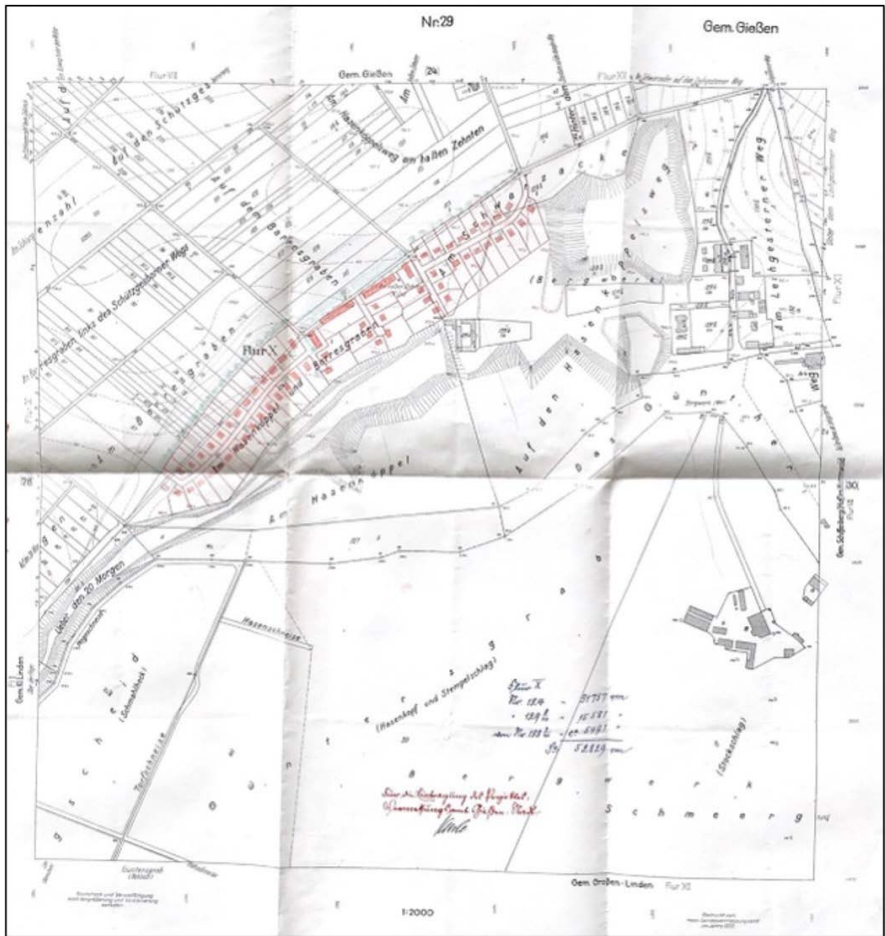


Abb. 7: StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen

4.3. Warum scheiterte der Bau der Siedlung?

Auch über das Scheitern der Planungen der Siedlung „Bergwald“ gab es keine öffentliche Unterrichtung. In den Akten findet sich lediglich ein Schreiben des Gießener Oberbürgermeisters, in dem er verkündet, dass „die Bearbeitung des Siedlungsvorhabens der Klinikangestellten [...] seit Beginn des Krieges eingestellt worden [ist]“.¹⁰¹

Allerdings steht fest, dass die Rüstungsfirma Krupp auf dem für den Siedlungsbau geeigneten Gelände noch ein Bergwerk betreiben wollte. Aufgrund dessen wollte sie ihr Gelände nicht abgeben. In diesem Fall standen sich die Argumente des Gauheimstättenamts, das auf die Richtlinien für Errichtung und Förderung von

¹⁰¹ StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen.

Heimstättensiedlungen verwies, und Krupp gegenüber, der sich auf die „Verordnung über Baubeschränkungen zur Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen vom 28.02.1939“ berief, die unter anderem verordnete, dass die Bebauung von Flächen, welche für die Gewinnung von Bodenschätzen in Frage kommen, rechtzeitig verhindert werden muss; er gab hierzu an, dass auf dem Gelände abbauwürdige Manganerze lagerten, die (im Bedarfsfall) umgehend ausbeutet werden müssten.¹⁰² Da die Aufrüstung auch in Gießen einen höheren Stellenwert als die Beendigung der Wohnungsnot hatte¹⁰³, sank vermutlich das Interesse am Siedlungsbau. Die Ausbeutung des Kruppschen Geländes galt als gewichtiger als der Bau der Siedlung „Bergwald“.

5. Vergleich der Planungen für die Siedlung „Krofdorfer Straße“ und die Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Klinikangestellte

Die Siedlungsplanungen „Krofdorfer Straße“ und „Bergwald“ zeichneten sich in der Architektur und in ideologischen Aspekten durch viele Ähnlichkeiten aus. Entstandene Konflikte und Probleme jedoch unterschieden sich größtenteils.

Bei beiden Siedlungen plante man den Bau einfacher Häuser mit großem Garten, der die Familien durch Krisen bringen und eine Lohnergänzung erzielen sollten. Dies entsprach der ideologisch aufgeladenen NS-Wohnungspolitik.¹⁰⁴ Ein Unterschied bestand darin, dass die Siedlung „Krofdorfer Straße“ zuerst für Erwerbslose und später für Arbeiter in Lohn und Brot angedacht war. In der Siedlung „Bergwald“ sollten Klinikangestellte wohnen. Der Grundriss der Planungen war sich sehr ähnlich. Die Häuser sollten aus einer Wohnküche, Eltern- und Kinderzimmern und einem Stall bestehen. Es gab verschiedene Haustypen, die in Bezug auf Bauqualität, Materialien und Ausstattung gleichwertig waren und sich nur in der Größe unterschieden. Beide Planungen sahen vor, dass die Größe des Hauses anhand der Kinderzahl bestimmt wird. Aufgrund dessen erscheinen beide Siedlungsplanungen auf den ersten Blick als gut durchdacht und optimal für den künftigen Bewohner.¹⁰⁵ Jedoch stellt sich die Frage, ob durch zukünftige Geburten ein wachsender Platzbedarf für die Familien berücksichtigt wurde. Ebenso stand bei den Siedlungen vermutlich die Schaffung von guten Lebensverhältnissen für die Siedler nicht im Vordergrund, sondern die NS-Ideologie und ein möglichst kostengünstiger Bau. Anhand der preiswerten eingeplanten Materialien und den strikten „rassischen“ und „erbbiologischen“ Voraussetzungen bestätigte sich dies für die Siedlung „Krofdorfer

102 StadtAG N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen.

103 Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur.

104 Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur, 3.1. Die Architektur der Siedlung „Krofdorfer Straße“ im Lichte der NS-Ideologie u. 4.1. Die Architektur der Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Klinikangestellte im Lichte der NS-Ideologie.

105 Vgl. 3.1. Die Architektur der Siedlung „Krofdorfer Straße“ im Lichte der NS-Ideologie u. 4.1. Die Architektur der Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Klinikangestellte im Lichte der NS-Ideologie.

Straße“.¹⁰⁶ Ebenso kann man in Bezug auf die geplante Heimstättensiedlung „Bergwald“ vermuten, dass die Planungen eng mit der NS-Ideologie verknüpft waren und die Siedler hohe Eigenbeiträge hätten beisteuern müssen.¹⁰⁷ Für beide Siedlungen lässt sich die Vermutung äußern, dass es nach außen hin so wirken sollte, als wäre es von hoher Bedeutung für das NS-Regime, wie der „Volksgenosse“ lebte, aber stattdessen diene der Siedlungsbaupropaganda der Verbreitung der NS-Ideologie und im Allgemeinen wurde die Aufrüstung priorisiert.¹⁰⁸

Als Problem erwies sich bei beiden Planungen die Findung von geeignetem Gelände.¹⁰⁹ Die Bergwerksfirma Krupp wollte ihr Gelände nicht für die Siedlung „Bergwald“ abgeben und konnte aufgrund der Politik des NS-Regimes, dies mit der Aufrüstung bzw. Gewinnung von Bodenschätzen begründen. Für die Siedlung „Krofdorfer Straße“ hatte man schnell Gelände an der Krofdorfer Straße gefunden, welches geeigneter war als das eigentlich angedachte Radrennbahngelände. Allerdings waren die potenziellen Siedler auf eine einzige Buslinie angewiesen, die sie in die Stadt bringen würden und die ersten Einkaufsmöglichkeiten lagen circa 1,5 Kilometer von den Häusern entfernt.¹¹⁰ Das allgemeine Problem, dass sich die Beschaffung von ausreichendem Siedlungsgelände mit geeignetem Boden für den Selbstversorgeranbau und die praktische Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie von „Blut und Boden“, die auf die Schaffung einer autarken Volksgemeinschaft abzielte, als schwierig erwies¹¹¹, zeigte sich auch in beiden Siedlungsplanungen.

Hinzukommt, dass bei der Siedlungsplanung „Krofdorfer Straße“ finanzielle Probleme entstanden. Die finanziellen staatlichen Ressourcen wurden in die Aufrüstung und Vorbereitung eines totalen Krieges gesteckt und der Siedlungsbau musste mit Baumaßnahmen für die Wehrmacht und Industrie im Rahmen der Aufrüstung um Baumaterialien und Arbeitskräfte konkurrieren.¹¹² Hemmend war darum, dass die öffentliche Förderung von Stadtrandsiedlungen zu gering ausfiel.¹¹³ Des Weiteren waren die von den potenziellen Bewerbern geforderten Bedingungen sehr streng und voraussetzungsreich, darum für die meisten, insbesondere durch die zu bringende Eigenleistung, nicht erfüllbar.¹¹⁴ Außerdem trug das Kompetenzgerangel in Form

106 Vgl. 3.1. Die Architektur der Siedlung „Krofdorfer Straße“ im Lichte der NS-Ideologie.

107 Vgl. 4.3 Warum scheiterte der Bau der Siedlung?

108 Vgl. 3.1. Die Architektur der Siedlung „Krofdorfer Straße“ im Lichte der NS-Ideologie u. 4.1. Die Architektur der Heimstättensiedlung „Bergwald“ für Kliniksangestellte im Lichte der NS-Ideologie.

109 Vgl. 3.2. Konflikte und auftretende Probleme im Planungsprozess u. 4.2. Konflikte und auftretende Probleme im Planungsprozess.

110 Vgl. 3.2. Konflikte und auftretende Probleme im Planungsprozess.

111 Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur.

112 Vgl. Führer, Meister, S. 54 u. S.434.

113 Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur.
114 ebd.

von Konkurrenz und gegenseitiger Einschränkung zwischen verschiedenen Ministerien, Planungsstäben und NS-Organisationen zum Scheitern bei.¹¹⁵

Auch gab es in Gießen schon genügend „krisenfeste Arbeiter“ und somit war der Siedlungsbau für diesen Personenkreis nicht so dringend.¹¹⁶ Ebenso war das gezeichnete Bild der Arbeiter, die durch ihren Garten und Kleintierstall eine indirekte Lohnerhöhung erlangen, realitätsfremd. Denn Gartenbau, Kleintierhaltung und Haushaltsführung am Feierabend hätten viel Zeit in Anspruch genommen.¹¹⁷ Auch wenn im Falle der Siedlungsplanung „Bergwald“ ein geeignetes Gelände hätte gefunden werden können, wäre wegen der gleichen bzw. vergleichbaren Probleme die Planungen gescheitert.

Die Siedlung „Bergwald“ wurde bei Beginn des Krieges eingestellt, ihre gescheiterte Errichtung wurde öffentlich indes nicht bekannt gegeben.¹¹⁸ Es lässt sich vermuten, dass die Rüstungsfirma Krupp von besonderer Wichtigkeit im Rahmen der Aufrüstung war und deshalb das Gauheimstättenamt mit seinen Planungen machtlos war. Die Vorbereitung des Krieges hatte in diesem Fall Vorrang vor der Siedlungsplanung.¹¹⁹

Bei der „Krofdorfer Straße“ war es wahrscheinlich so, dass die stockenden Anmeldungen oder nicht ausreichende Finanzmittel die Siedlungsplanung zum Scheitern gebracht haben.

Es lässt sich festhalten, dass im Allgemeinen die „harten“ Realitäten dem NS-Regime im Wege standen. Im Falle beider Siedlungsplanungen zeigt sich, dass zwar der Bau von Kleinsiedlungen in der Wohnungspolitik der NS-Diktatur angestrebt worden war, aber unter der enormen Aufrüstung litt und hinter den gesteckten Zielen weit zurückgefallen war.¹²⁰

6. Zusammenfassung

Mit der vorliegenden Arbeit sollte aufgezeigt werden, welche Probleme und Konflikte im Planungsprozess des Siedlungsbaus in der NS-Zeit auftraten und wie sich diese auf die Planungen beziehungsweise Umsetzung auswirkten. Die Suche von geeignetem Gelände stellte sich als grundlegendes Problem heraus. Vor allem auf die Siedlung „Bergwald“ hatte dies gravierende Auswirkungen, da durch die ständigen Verhandlungen mit Krupp das Projekt keinen Fortschritt zeigte. Fehlende Geldmittel, stockende Anmeldungen und eine ungewollte Artikelveröffentlichung waren die Probleme der Siedlung „Krofdorfer Straße“ und zeigten ihre Auswirkungen darin, dass sich der Beginn des Siedlungsbaus weiter hinauszögerte.

115ebd.

116ebd.

117Vgl. 3.2. Konflikte und auftretende Probleme im Planungsprozess.

118Vgl. 3.3. Warum scheiterte der Bau der Siedlung? u. 4.3. Warum scheiterte der Bau der Siedlung?

119Vgl. 4.3. Warum scheiterte der Bau der Siedlung?

120Vgl. 2.2. Die Wohnungspolitik in der NS-Diktatur.

Die Frage, aus welchen Gründen der Bau endgültig scheiterte, lässt sich nur teilweise beantworten. Die Siedlungsplanung „Bergwald“ wurden zu Beginn des Krieges eingestellt und über das Ende der Planungen „Krofdorfer Straße“ lässt sich nur mutmaßen, dass die bereits erwähnten Probleme das Scheitern herbeiführten.

Außerdem stellt sich die Frage, wie die geplanten Siedlungsbauten durch die NS-Ideologie beeinflusst wurden. Charakteristische nationalsozialistische Grundgedanken lassen sich bei der Siedlungsplanung „Krofdorfer Straße“ feststellen. Der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ findet sich bei der Auswahl der Siedler wieder, denn die Siedler mussten „rassischen“ und „erbbiologischen“ Voraussetzungen entsprechen. Es lässt sich vermuten, dass auch die Planungen der Siedlung „Bergwald“ nationalsozialistisch geprägt und bestimmt waren.

Besonders lehrreich an den Forschungsergebnissen war, wie sehr auch das Bauwesen durch die NS-Grundgedanken geprägt war und nach diesen gehandelt hat. Die Ergebnisse haben verdeutlicht, dass die Nationalsozialisten zwar große Versprechungen machten, wurden diese aber nicht gehalten, vertuschten sie dies.

Wie bereits in der Einleitung angemerkt, lässt diese Arbeit offen, wie die Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Siedlungsvorhaben in Gießen war. Eine Lösung dieses Problems gibt es nicht, da keine Quellen vorliegen und es keine noch lebenden Zeitzeugen mehr gibt. Jedoch kann die geringe Resonanz aus der Bevölkerung, aus den Programmen zu erwerben, als Fingerzeig für keine breite Zustimmung zu den NS-Bauvorhaben gewertet werden.

In die Gegenwart hinein wirken die Planungen sehr erschreckend. Jedem Menschen sollte ein Dach über dem Kopf zu Verfügung stehen und vor allem sollten bei Siedlungsplanungen nicht ideologische Grundwerte im Vordergrund stehen, sondern die Fertigung eines für die künftigen Bewohner sicheren Hauses. Diesen Gedanken bestätigten beispielsweise die Erdbeben und folglich eingestürzten Gebäude in der Türkei und Syrien. Dies zeigt, wie wichtig es ist, beim Bau Wert auf gute Materialien zu legen, den Vorgaben entsprechend zu bauen und nicht nur möglichst kostengünstig neue Häuser konstruieren zu wollen.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Stadtarchiv Gießen (StadtAG)

N 1975 16 Stadtrandsiedlung „Hardthof“ 17 Heimstätten an d. Krofdorferstraße RHA 1934

N 2169 Soziale Fürsorge – Baudarlehen

Zeitungen

Gießener Anzeiger

Literatur

Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Nachdruck), Bd. 5: 1938. Frankfurt am Main 1980.

Führer, Karl Christian: Meister der Ankündigung. Nationalsozialistische Wohnungsbau- politik, in: Schmid, Josef (Hrsg.): Hamburg im “Dritten Reich”. Göttingen, 2005, S. 432- 444.

Haerendel, Ulrike: Von der Mustersiedlung zur “arisierten” Stadt. Wohnungsmarkt, Woh- nungspolitik und Wohnungsraub in München, in: Stefanie Hajak (Hrsg.): München und der Nationalsozialismus. Menschen, Orte, Strukturen. Berlin 2008, S. 227- 248.

Schanetzky, Tim: “Kanonen statt Butter”. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich. München 2015.

Speitkamp, Winfried: Modernisierung in der Krise: 1918 bis 1945, in: Brake, Ludwig / Brinkmann, Heinrich (hrsg., im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Gießen): 800 Jahre Gießener Geschichte 1197 - 1997. Gießen 1997, S.215 – 262.

Wildt, Michael: Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft (Informationen zur politi- schen Bildung 314). Bonn 2012.

Internetquellen

<https://www.hausjournal.net/bitumendach> [letzter Zugriff: 27.02.2023]

<https://www.hausbauhelden.de/ratgeber-fenster-tueren/die-passende-holzart-fuer-holzfens- ter/> [letzter Zugriff: 27.03.2023]

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/industrie-und-wirtschaft/vierjahresplan.html>

[letzter Zugriff: 28.02.2023]

<https://www.nsdoku.de/en/lexikon/artikel/judenhaeuser-398>

[letzter Zugriff: 23.09.2024]

<https://www.allianz.ch/de/privatkunden/ratgeber/wohnen/festhypothek.html>

[letzter Zugriff: 01.10.2024]

<https://www.immobilienfinanzierung.de/lexikon/tilgungshypothek/>

[letzter Zugriff: 01.10.2024]

